

Wo bleibt das Obst?

Kartenzwang oder freier Handel.

Die Obsterte schreitet mehr und mehr fort, ohne daß der Berliner Markt auch nur an einem einzigen Tage das Aussehen einer annähernd ausreichenden Versorgung gehabt hätte. Wenn man dagegen in die nächste Umgebung Berlins fährt und dort den Obstreichthum in den Geschäften sieht, so fragt man sich, ob denn an maßgebender Stelle auch wirklich alles geschehen ist und geschieht, um die Versorgung Berlins besser zu gestalten als bisher. Diese Forderung erscheint um so berechtigter, als die Zufuhren aus dem Havelobstgau vor wenigen Tagen mit 3000 Zentner am Tag ihren Höhepunkt erreicht haben. Wir zweifeln nicht, daß die täglichen Zufuhren in Berlin auch wirklich eintreffen, aber das Eintreffen genügt nun einmal nicht, um die Bevölkerung auch wirklich zu versorgen.

Bei der ungeheuren Zahl der Kanäle, in die das Obst nach seiner Ankunft fließt, läßt es sich natürlich nur sehr schwer feststellen, wo die Ware bleibt. Von den Kleinhändlern wird immer wieder darauf hingewiesen, daß bereits an den Ankunftsplätzen, sowohl am Urbanhafen, als auch in der Zentralmarkthalle die Ware zu einem erheblichen Teile in unberufene Hände kommt. Aber auch der Handel selbst, und zwar unseres Erachtens sowohl der Großhandel als auch der Kleinhandel, setzen sich bei der Abgabe des Obstes an die Verbraucher nicht genügend für eine gerechte und gleichmäßige Verteilung ein. Daß hieran auch die zu niedrige Bemessung der Höchstpreise schuld ist, soll nicht bestritten werden.

Mits alledem geht hervor, daß die Versorgung Berlins mit Obst sicherlich besser sein würde, wenn die Verteilung und Abgabe an die Verbraucher nach anderen Gesichtspunkten als bisher geschehen könnte. Dies zu erreichen, ist aber Sache des Berliner Magistrats. Dieser erklärt uns, daß eine ausreichende Versorgung Berlins immer wieder an der ungeheuren Kopfzahl scheitern wird. Die ankommenden Mengen, von denen auf Berlin nach dem Verteilungsschlüssel nur ein gewisser Prozentsatz entfällt, genügen bei weitem nicht, um den Bedarf der Berliner Bevölkerung auch nur annähernd zu decken. In den Ankunftsstellen ist die Ueberwachung gegenwärtig sehr scharf. Dies geht schon daraus hervor, daß allein in der letzten Woche 15 Kleinhändler, die sich Ware über das ihnen zustehende Maß hinaus verschafft hatten, vom Magistrat von jeder Belieferung ausgeschlossen worden sind. Zahlreiche Beamte streifen täglich durch die Stadt und prüfen bei den Kleinhändlern, ob der Verkauf ordnungsgemäß durchgeführt wird. Die Frage, ob nach dem Vorbilde Potsdams Berliner Hausfrauen beim Obstverkauf zur Selbsthilfe herangezogen werden könnten, scheitert in Berlin ebenfalls an der hohen Bevölkerungsziffer. Das gleiche gilt von dem Wunsch, städtische Obst- und Gemüsehallen einzurichten, in denen der Verkauf etwa unter Heranziehung von Militär und Verbrauchern stattfinden soll.

Wenn man also an der bisherigen Verkaufsart des Obstes an die Verbraucher etwas ändern will, so bleibt heute nur die Einführung des Kartenzwanges bei der Abgabe übrig. Will man diesen Weg — der wenigstens eine gleichmäßige Verteilung des Wenigen einigermaßen gewährleisten würde — nicht, so wiederholen wir auch hier wieder unsere Forderung, zu erwägen, ob für Verbraucher und Handel die Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung wenigstens für Obst und Gemüse nicht bessere Verhältnisse bringen könnte. In dem Augenblicke, in dem sich der freie Obsthandel in Berlin wieder entfalten könnte, dürfte Berlin auch mit Obst besser versorgt werden. Vielleicht nicht zu den jetzt geltenden Höchstpreisen allerdings; aber was nützen uns Höchstpreise, wenn wir kein Obst erhalten?

P. E.

*